



c/o Postfach 2326 | 24513 Neumünster

**Die Stadtpräsidentin
Stadt Neumünster
Neues Rathaus
Großflecken 59
D-24534 Neumünster**

Es schreibt Ihnen
Mark Proch
Fraktionsvorsitzender
Postfach 2326
24513 Neumünster
TEL: 01575/1401638

14.11.2023

Antrag zur Ratsversammlung

Betreff: Keine weiteren Flüchtlinge nach Neumünster (Neufassung des Antrags vom 27.10.23 auf Grund der aktuellen Situation)

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 14. November 2023.

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Die Ratsversammlung distanziert sich vom Vorhaben des Landes, in Neumünster weitere, 200 „Flüchtlinge“ unterzubringen.
2. Die Stadt wird aufgefordert, Teile des städtischen Grundstücks an der Störstraße, auch zeitlich befristet, nicht dem Land für die Erweiterung der Erstaufnahmeunterkunft zur Verfügung zu stellen.
3. Die Stadt Neumünster prüft den Kauf der Hindenburg-Kaserne, damit dort auch zukünftig keine „Flüchtlinge“ gegen den Willen der Stadt untergebracht werden können.

Begründung:

Das Land Schleswig-Holstein plant die Erstaufnahmeunterkunft in Neumünster zu erweitern. 200 weitere „Flüchtlinge“, wie zunächst betont ohne Bleibeperspektive, nun eventuell auch mit, sollen dadurch in unserer Stadt untergebracht werden.

Schon jetzt stößt die Stadt an ihre Grenzen. Fast täglich kommt es zu Straftaten durch Migranten und viele Bürger trauen sich deshalb nicht mehr in die Innenstadt. Wenn jetzt 200 weitere „Flüchtlinge“ mit und/oder ohne Bleibeperspektive nach Neumünster kommen, wird die Innenstadt bald zu einer „No-go-Area“ für Deutsche.

Von einem verantwortungsvollen Oberbürgermeister erwarten wir in diesem Zusammenhang, nicht nur öffentlich von einer „großen Herausforderung“ für unsere Stadt zu sprechen, sondern daß er alles unternimmt, damit nicht noch mehr „Flüchtlinge“ in unsere Stadt kommen!

— Die Fraktion Heimat Neumünster ist der Auffassung, daß wir schon jetzt viel zu viele Migranten in unserer Stadt haben und eine Erweiterung der bestehenden Erstaufnahmeunterkunft unverantwortlich ist. Ziel muß es daher sein, die Zahl der „Flüchtlinge“ zu reduzieren, um die unhaltbaren Zustände in unserer Stadt schnellstmöglich zu beseitigen. Hierfür sind eine Änderung des Asylrechts, sowie die Sicherung der Landesgrenzen zwingend notwendig. Sofortige konsequente Abschiebung von „Flüchtlingen“ ohne Bleibeperspektive und kriminellen Ausländern, könnte kurzfristig Abhilfe schaffen. Es ist höchste Zeit, ordentlich Druck auf Land und Bund auszuüben, denn wir stoßen an unsere Grenzen!

— Unsere Fraktion bittet um Zustimmung für diesen Antrag.

Mit freundlichen Grüßen



Mark Proch
Im Namen der Fraktion